

STIFTUNG DES
ÖFFENTLICHEN RECHTS


LEUPHANA
UNIVERSITÄT LÜNEBURG

Uni.-Prof. Dr. phil. habil.
PhDr. (Karls-Universität zu Prag / CZ)
KPN (Staatl. Immanuel-Kant-Universität Kaliningrad / RUS)
Jörg W. Ziegenspeck

*Frau
Bordera Sommer
Ministerin für
Schule und Weiterbildung
des Landes NRW
Völklinger Str. 49
40228 Düsseldorf*

Fakultät I: Bildungs-, Kultur- und
Sozialwissenschaften
Institut für Erlebnispädagogik e.V.
Campus-Gebäude 1 / Dachgeschoss
Scharnhorststr. 1
D – 21335 LÜNEBURG
Tel.: ++49 (0) 4131 – 406147
Fax: ++49 (0) 4131 – 406148
E.mail:
ziegenspeck@uni-lueneburg.de
Homepage:
www.institut-fuer-erlebnispaedagogik.de

Lüneburg, den 14.04.2010

Wissenschaftliche Untersuchungen zum Übergang vom Primarbereich in die Sekundarstufe I

Sehr verehrte Frau Ministerin Sommer,

in der jüngsten Ausgabe des Organs der Bundes-GEW, „Erziehung und Wissenschaft“ (4/2010, S. 25), werden Sie mit dem Satz zitiert:

„Es gibt keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 6 oder 10 zu besseren Leistungen führt. Mangels wissenschaftlicher Beweise lehnt die Landesregierung einen Umbau der Schulen ab.“

Als Erziehungswissenschaftler, der sich seit vier Jahrzehnten intensiv und durch viele Veröffentlichungen nachweisbar mit diesem Thema beschäftigt hat, dachte ich zunächst, mich tritt ein Pferd. Dann wollte ich eher an einen Aprilscherz glauben, musste mich aber belehren lassen, das Zitat stamme wirklich von Ihnen und sei auch ernst gemeint. Wenn das so ist, bin ich nicht nur empört, sondern fühle mich auch als Wissenschaftler und Pädagoge brüskiert !

Also lässt es mir keine Ruhe, von Ihnen selbst zu hören, ob Sie vom Wahrheitsgehalt Ihrer o.g. Aussage tatsächlich überzeugt sind.

Schon im wegweisenden Band „Begabung und Lernen“ – von Heinrich Roth 1969 ediert und von der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats herausgegeben – wurden wichtige Forschungsbefunde zusammengefasst und festgestellt:

„Bei der Auslese für die weiterführenden Schulen haben sich die Zensuren des Zeugnisses der abgebenden Schule und das Eignungsurteil der Lehrer als sehr unzuverlässig in ihrem Voraussagewert für den künftigen Schulerfolg erwiesen.“ (Udo Undeutsch in seinem dort erschienenen Gutachten, S. 400)



Wenn Sie heute den enormen wissenschaftlichen Zugewinn im nationalen Kontext mit einbeziehen und sich insbesondere die internationalen Studien und Länderberichte anschauen, werden Sie kaum noch bei der von Ihnen getroffenen Feststellung bleiben können, schlimmer noch, Sie machen sich geradezu lächerlich durch den Mangel an Professionalität, Fachkundigkeit und Aktualität, den Sie demonstrieren !

Auf dem Hintergrund nationaler und internationaler Forschungsbefunde müsste (längeres) Gemeinsames Lernen auch in Deutschland bildungspolitisch längst zum Allgemeinut geworden sein. Dass dem nicht so ist, hat nichts mit dem Mangel an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu tun, wohl aber mit dem Mangel unserer Bildungspolitikerinnen und -politiker, diese Forschungsergebnisse kritisch zu würdigen und bei der konkreten Bildungsplanung zu berücksichtigen.

Ich selbst habe die Orientierungsstufe in Niedersachsen über drei Jahrzehnte lang wissenschaftlich begleitet, wobei es dieser gesetzlich verankerten Schulform im Laufe der Jahre gelang, mehr Kinder – und insbesondere aus bisher benachteiligten Bevölkerungsschichten – zu weiterführender Schulausbildung zu führen.

Frage also: Was hat Sie veranlasst, eine solche unhaltbare Behauptung aufzustellen ?

Drei Antworten dürften vorwegzunehmen sein:

- Sie wollen zur Stabilität des dreigliedrigen Schulwesens beitragen,
- Sie wollen den Wahlkampf durch (parteilich) einseitige Argumente beleben und
- damit Ihre Klientel-Politik stärken.

Dabei müssten Sie eigentlich bemerken, dass Sie mit dieser Strategie die an Ihren Landesuniversitäten forschenden und lehrenden Bildungswissenschaftler brüskieren.

Ja, wer sich wie Sie, in dieser Form öffentlich äußert, muss sich sogar die Frage stellen lassen, ob er jemals selbst zur themenrelevanten Fachliteratur gegriffen hat, um sich ein eigenes Bild über die Datenlage zu verschaffen ?

Offenbar verfügen Sie in Ihrem unmittelbaren Umfeld über keine kompetenten Berater, sind Sie eher von solchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeben, die ihre Leistungen weisungsgebunden abzuliefern geübt und bereit sind, so dass harte Fakten und Tatsachen durch tagespolitisch motivierte Zweckargumente und populistische Meinungsbekundungen ersetzt werden.

Sie sind Ressortchefin mit allen Möglichkeiten, gewachsene Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis kostenfrei und ohne großen Aufwand in Ihrem Bundesland einzuholen. Sie können Untersuchungen in Auftrag geben, Lehrerbefragungen durchführen, beispielhaft zeigen, zu was ein Ministerium im Verbund mit Praxis und Wissenschaft fähig ist. Sie können unabhängige Beratungsteams berufen, können sich schwierige Sachverhalte fachkundig erläutern lassen. Sie können zur Versachlichung der Bildungspolitik aufgrund rationaler Erfordernisse beitragen.



LEUPHANA

UNIVERSITÄT LÜNEBURG

- 3 -

Sie haben einen Amtseid geleistet und sind den Ihnen anempfohlenen Menschen, Kindern, Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Schulleiterinnen und Schulleitern u.s.w., in einem ganz besonderen Maße verpflichtet. – Vor diesem Hintergrund verbieten sich vorschnelle Urteile und parteipolitisch betriebene Verlautbarungen als Ressortchefin, wenn Sie nicht die ohnehin weit verbreitete Politikverdrossenheit schüren wollen.

Ihr Amt verpflichtet Sie zur Wahrhaftigkeit und Klarheit – auch dann, wenn das für Ihre Partei und deren Machterhaltungsinteressen wenig günstig erscheint. Haben Sie schon einmal daran gedacht, dass gerade Sie in Ihrem Ministerium Vorbild sein müssen, also auch zu zeigen haben, was aus Mangel an Amtscourage daraus in der öffentlichen Wahrnehmung erwächst ?

Zum Schluss darf ich auf jüngste Forschungsbefunde verweisen („Bildungspolitik ohne Fortschritt - Bildungsreform ohne Effekt“, Baltmannsweiler 2009), die in Ihrem Hause bereits bekannt sind und wo Sie einerseits nachlesen können, was beim Übergang zu weiterführenden Schulen nach nur vier Grundschuljahren faktisch bedeutsam ist (womit Ihre Aussage allerdings als Lüge entlarvt wird), wo Sie aber gleichzeitig auch nachlesen können, warum sich handelnde Politiker in der Regel nicht der Wahrhaftigkeit verpflichtet fühlen, sondern viel lieber dem „heimlichen Lehrplan“ der Politik folgen (mit verhängnisvollen Langzeitfolgen für das Gemeinwesen).

Nun bin ich gespannt auf Ihre Antwort.

Mit besten Grüßen bin ich

Ihr



(Jörg W. Ziegenspeck)